

EU - Türkei: Chancen von Beitrittsverhandlungen

Die Österreichische Bischofskonferenz legte im Oktober im Gegensatz zu einigen anderen kirchlichen Äußerungen (Kardinal Ratzinger, Italienische Bischofskonferenz) eine zwar kritische, aber bewusst positiv gehaltene Stellungnahme zu Fragen künftiger Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor. Diakon Prof. Franz Eckert, der sich im Auftrag der Bischofskonferenz mit Fragen der europäischen Integration befasst, unterstrich in seinen Ausführungen, dass die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen größere Chancen biete als deren Verweigerung an negativen Folgen befürchten lässt. Zwar seien Religions- und Minderheitenrechte erst im Gesetz, aber noch nicht in der Praxis verankert, doch könnten solche Reformen in der Türkei "nicht von einem Tag auf den anderen" erfolgen.

Für Eckert hat das eindeutige Votum der Christen der Türkei - wie die katholische Bischofskonferenz hätten sich auch Patriarch Bartolomaios I. und die evangelische Kirche in der Türkei für Beitrittsverhandlungen ausgesprochen - mehr Gewicht als die Skeptiker in den derzeitigen Debatten über das Thema EU-Türkei. Eckert nannte es "schrecklich

und manchmal ein bisschen beschämend, mit wie wenig Sachkenntnis und mit wie vielen Emotionen diese Debatten geführt werden".

Der Europa-Fachmann wies darauf hin, dass die Beitrittsverhandlungen ergebnisoffen seien und wohl mindestens 10 bis 15 Jahre dauern würden - Zeit genug, um zu einer fundierten Einschätzung gemäß dem Schriftwort "An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen" zu kommen. Ein Verhandlungsbeginn mit der Türkei noch vor den Verhandlungen mit Ländern, die "Europa näher liegen", sei berechtigt, immerhin werde der Türkei seit 40 Jahren ein Beitritt in Aussicht gestellt. Bei der EU-Erweiterung könne man "nicht nur nach der Landkarte vorgehen", so Eckert. Die Probleme im Fall der Türkei seien jedoch "ungleich komplizierter" als jene anderer möglicher Beitrittskandidaten, deren Beilegung könne durchaus länger dauern als in anderen Fällen.

Anknüpfen an türkische Toleranztradition

In einer ausführlichen schriftlichen "Bestandsaufnahme aus christlicher Sicht im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen" hatte Eckert jüngst zahlrei-

che zu berücksichtigende Aspekte des Themas EU-Türkei zusammengestellt. Er erinnerte darin an die Tradition religiöser Toleranz in der Türkei, die weit in die Vergangenheit, so auch zu den "Tanzimat"-Reformen Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreiche. Die Einbindung der Türkei in die EU würde ein Anknüpfen daran wesentlich erleichtern, so der Europa-Beauftragte. Ohne diese Einbindung drohe dagegen eine Destabilisierung der derzeit glaubwürdig um die Erfüllung der EU-Auflagen bemühten Türkei und eine Verschlechterung der Lage der dort beheimateten christlichen Kirchen.

Nach den regelmäßigen EU-Kommissionsberichten u.a. über die Menschenrechtssituation in der Türkei unterscheidet sich die praktische Wirklichkeit von den in der neuen Verfassung garantierten Rechten bezüglich Gewissens- und Religionsfreiheit noch deutlich: Eckert nannte z. B. die offenen Restitutionsfragen bzgl. der früheren Besitzungen der einheimischen Kirchen, die fehlende Rechtsfähigkeit nicht-muslimischer Gemeinschaften, die nicht gegebene Ausbildungsmöglichkeit für den Klerus religiöser Minderheiten und die Hürden für christliche Religionsbücher. Nicht umsonst komme der "Regelmäßige Bericht 2003" zur Gesamtbeurteilung, dass es bei der Religionsfreiheit in der Türkei bisher "kaum Fortschritte gegeben" habe.

Gleichstellung der Religionen ist "Nagelpfeile"

Die Gleichstellung nicht-muslimischer Gemeinschaften ist laut Eckert jedoch eine "Nagelpfeile" für die Erreichung der ehrgeizigen Ziele der jüngsten türkischen Reformen. Zentrale Forderung der christlichen Kirchen zu einem EU-Beitritt der Türkei müsse es somit sein, die volle gesetzliche Gleichstellung von Christen und Muslimen umzusetzen, wie es schon in der Spätzeit des Osmanischen Reiches angestrebt worden sei. Noch im 19. Jahrhundert hätten die Kapuziner ein Priesterseminar für griechisch-katholische und römisch-katholische Geistliche geführt; das bis heute "unverzichtbare Beiträge zur Völkerverständigung" leistende St. Georgs-Kolleg in Istanbul gehe ebenfalls auf diese Ära zurück.

Der Europa-Beauftragte erinnerte an die Forderung Papst Johannes Pauls II. vom Februar

2004, die katholische Kirche in der Türkei rechtlich voll anzuerkennen. Patriarch Bartholomaios I. wiederum hoffe auf baldige Beitrittsverhandlungen und würde die Türkei "als Brücke zwischen Europa und Asien, zwischen dem Christentum und Islam" jedenfalls als Bereicherung für die EU sehen. Auch der Wiener Metropolit Michael Staikos erwarte sich von einem EU-Beitritt Verbesserungen für die orthodoxe Minderheit in der Türkei. Laut Eckert dürfe es nicht zu einem "laizistischen Staat auf islamischer Grundlage" kommen; anzustreben sei ein säkularer Staat mit verbrieften, EU-konformen Bürger-, Menschen- und Freiheitsrechten, in der die Religionsgemeinschaften in Gesetz und Praxis gleichberechtigt sind.

Eckert plädiert für Beitrittsverhandlungen mit einem Höchstmaß an Sachverstand, Menschlichkeit und Geduld, jedoch ohne Misstrauen, Ängste und Pauschalurteile. Rückgriffe auf historische Reminiszenzen - Stichwort "Türkenbelagerung" - seien tunlichst zu unterlassen. Auch wenn laut mehreren Umfragen zumindest 60 Prozent der Österreicher einem EU-Beitritt der Türkei derzeit ablehnend gegenüberstünden, wäre ein Umschwenken bei der auch von österreichischer Seite mitgetragenen EU-Linie "unter redlichen Partnern" ausgeschlossen, so Eckert. Die EU betrachtet die Türkei seit 1997 als möglichen Beitritts-Kandidaten.

"Die Aktivierung von Abstoßreaktionen ist seit jeher die Signatur alter, müde gewordener Gesellschaften, deren Glaubensüberzeugungen blass geworden sind", meinte Eckert zur verbreiteten Skepsis gegenüber der Türkei. EU-Bürger hätten vielmehr Grund zum Stolz auf die "weltweit einzigartigen" europäischen Errungenschaften von den Grundrechten bis hin zum Wohlfahrtsstaat, um die sich die Türkei bemühe. Eckert wörtlich: "Die Christen, deren Religion an der Gestaltung und an der Bewahrung dieser im besten Sinn 'menschlichen' Gesellschaftssysteme einen ebenso unbestreitbaren wie unverzichtbaren Anteil hatten, ... werden keine Diskussion mit den anderen Eingottreligionen zu scheuen haben, wenn sie ihren eigenen Glauben bekennen, lieben und leben."